Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 8. Juni 2022
– Drucksache 17/2698**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2018 des Rechnungshofs zur Haushalts- und
Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg
– Beitrag Nr. 22: Ambulanzen der Universitätsklinik“**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung der Landesregierung vom 8. Juni 2022 – Drucksache 17/2698 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,

dem Landtag zu Ziffer 1 Buchstabe a und Buchstabe b bis zum 30. Juni 2024 erneut zu berichten.

30.6.2022

Der Berichterstatter:

Alexander Salomon

Der Vorsitzende:

Martin Rivoir

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet die Mitteilung Drucksache 17/2698 in seiner 17. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 30. Juni 2022.

Der Berichterstatter legte dar, bezüglich der Begehren unter den Buchstaben c und d des Landtagsbeschlusses vom 21. Februar 2019 – Drucksache 16/4922 – bestünden gute Anzeichen seitens der Ambulanzen der Universitätsklinika. Hierzu bedürfe es keines weiteren Berichts durch die Landesregierung.

Auch hinsichtlich der Buchstaben a und b sei Positives zu vermelden. So wollten zwei Standorte dabei voranschreiten, eine Kostenträgerschaft auf Vollkostenbasis einzuführen. Dies sei eine gute Entwicklung, um auch zu kostendeckenden Entgelten mit den Krankenkassen zu gelangen.

Ausgegeben: 14.7.2022

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Vor diesem Hintergrund schlage er vor, die Landesregierung zu bitten, zu den Buchstaben a und b des Landtagsbeschlusses vom 21. Februar 2019 – Drucksache 16/4922 – bis zum 30. Juni 2024 erneut zu berichten.

Ein Abgeordneter der CDU schloss sich dem Votum des Berichterstatters an. Er fügte hinzu, an vielen Krankenhäusern seien die Notfallambulanzen bedauerlicherweise defizitär. Es wäre gut, wenn die die Bundesregierung tragenden Parteien daran etwas änderten. Gerade im ländlichen Raum könnten die Notfallambulanzen nicht kostendeckend arbeiten. Ein Teil dessen, was die Hochschulambulanzen leisteten, komme wiederum den benachbarten Krankenhäusern zugute, da diese somit keine eigenen Notfallambulanzen benötigten. Er halte das aufgegriffene Thema für sehr wichtig, um ein gewisses Gleichgewicht in die Finanzierung zu bringen und zu vermeiden, dass gute Notfallambulanzen eines Tages nur noch in Ballungsräumen bestünden.

Ein Vertreter des Rechnungshofs schloss sich seinerseits den Ausführungen des Berichterstatters an. Er fuhr fort, das, was die Landesregierung in ihrer Mitteilung berichtet habe, sei insgesamt gesehen in der Tat als positiv zu betrachten.

Die Honorare für die Universitätsklinik im Bereich der Ambulanzen seien deutlich höher als für kommunale Krankenhäuser. Er begrüße sehr, dass sich nach vielen Versuchen, die er unternommen habe, nun zwei Universitätsklinik auf den Weg machen, eine Kostenträgerrechnung auf Vollkostenbasis zu entwickeln. Dies sei bei Unternehmen dieser Größenordnung wohl eigentlich selbstverständlich. Der Finanzausschuss sollte diesen Prozess weiter begleiten.

Sodann fasste der Ausschuss ohne Widerspruch folgende Beschlussempfehlung an das Plenum:

Der Landtag wolle beschließen,

- 1. von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 17/2698, Kenntnis zu nehmen;*
- 2. die Landesregierung zu ersuchen, dem Landtag zu Ziffer 1 Buchstabe a und Buchstabe b bis zum 30. Juni 2024 erneut zu berichten.*

13.7.2022

Salomon